

Faktencheck

Nichtwiederwahl als Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH

Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.



Am Tag, als meine bevorstehende Nichtwiederwahl vom (Aufsichts)Rat an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über Verleumdungen hatte, die mir als Gerüchte zugetragen worden waren, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und ein langes, differenziertes Interview zu geben, in dem ich u.a. meiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass auch Misogynie und Homophobie eine Rolle gespielt hatten.

Dieser eine Satz wurde am nächsten Tag zum Mittelpunkt der Berichterstattung des Soester Anzeigers und der Bürgermeister behauptete dort, dass sämtliche Beteiligte sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit mir bemüht hätten und ich diesen Pfad aber nun verlassen hätte.

Tatsächlich hat sich der Bürgermeister von Beginn meiner Amtszeit an nie um eine konstruktive Zusammenarbeit bemüht: Es gab kein Pressefoto zur Begrüßung, kein persönliches Kennenlernetreffen und Termine nur in großen Zeitabständen und fast immer in einem Setting, das keinerlei persönliche Kontakte zuließ. Heute weiß ich, dass er fieberhaft nach Belastendem suchte, mit dem er meine Abberufung, aber mindestens meine Nichtwiederwahl durchsetzen konnte. Aber trotz der extremen

Arbeitsbelastung, unter der ich arbeitete und der vielen Fäden, die bei mir zusammenliefen, machte ich keine Fehler und der Bürgermeister fand NICHTS! Da war er offenkundig bereit, Belastendes zu erfinden.

Hier nur 3 Beispiele:

Lüge 1:

Vor dem Hintergrund der Umbettung sowjetischer Kriegstoter, die bei der Sanierung der Adam-Kaserne gefunden wurden, ließ der Bürgermeister vortragen: Prof. Dr. Dobberstein „hat hier, ohne dies mit dem Bürgermeister der Stadt Soest abzustimmen, Kontakt mit der russischen Botschaft aufgenommen, was für die Bezirksregierung Arnsberg nachvollziehbarer Anlass war, den Bürgermeister der Stadt Soest mit Schreiben vom 23.10.2018 an die Einhaltung des Dienstweges zu erinnern.“

Diese Behauptung ist ebenso unrichtig, wie sie im Übrigen infam ist und zeigt die ganze Boshaftigkeit und Schamlosigkeit, mit der der Bürgermeister meine Nichtwiederwahl betrieben hat: Dass ich mich um die Beerdigung der sowjetischen Soldaten kümmern sollte, empfand ich als Straffaktion, weil der Bürgermeister sich über mich geärgert hatte, als ich die Fertigstellung der Adam-Kaserne um lediglich zwei Monate nach hinten verschieben musste.

Bereits am 3.3.2018, also 7 Monate vor der Beschwerde der Bezirksregierung, schrieb ich ihm deshalb:

„Es ist selbstverständlich, dass ich mich darum kümmere, dass die sowjetischen Toten von der Baustelle auf den Friedhof verbracht werden. Ich halte es aber nicht für die Aufgabe der WMS, ein „Staatsbegräbnis“ für die Kriegstoten mit der russischen Botschaft zu organisieren. Wären die

Toten im Garten von Lieschen Müller gefunden worden, würde man das auch nicht Lieschen Müller überlassen. [...] Auch die russische Botschaft sieht ausschließlich Sie als Bürgermeister als Ansprechpartner und korrespondiert nur mit Ihnen."

Auf diese Email antwortet der Bürgermeister erbost am frühen Sonntagmorgen, 4.3.2018 um 7:57 Uhr wie folgt:

„Da Sie bisher die Korrespondenz und den Kontakt mit der Botschaft und der Kriegsgräberfürsorge übernommen haben ist es sachgerecht, dass Sie die Rahmenbedingungen für eine Gedenkfeier klären. Dazu erwarte ich bis Montag 12.00 Uhr von Ihnen einen abgestimmten Vorschlag [...].“

Nachdem sich die Bezirksregierung am 23.10.2018 beim Bürgermeister über die Nichteinhaltung des Dienstweges beschwert hatte, ging ich davon aus, dass ich diese Aufgabe nun endlich abgeben könne. Aber selbst nach diesem Schreiben bestand der Bürgermeister darauf, dass ich diese weiterhin übernehme. Eine Email des Bürgermeisters an mich vom 28.02.2019 zeigt, dass ich noch zu diesem Zeitpunkt - also fünf Monate nach der Beschwerde der Bezirksregierung - mit der Organisation des Begräbnisses für die sowjetischen Kriegstoten betraut war. Wörtlich fragt er an:

„Ist die Bestattung der russischen (sic!) Kriegsgefangenen geregelt?“

Tatsächlich bin ich also mitnichten ohne vorgängige Absprache mit dem Bürgermeister an die russische Botschaft herantreten. Dass ich mit der russischen Botschaft kommunizierte, geschah gegen meinen erklärten Willen auf ausdrückliche Anweisung des Bürgermeisters, der dabei die gesetzlichen Zuständigkeiten und den Dienstweg ignorierte.

Lüge 2:

Im Zusammenhang mit einem Gespräch, das der Kämmerer/ Kulturdezernent der Stadt Soest und ich mit den Vertreterinnen des Vereins Geschichtswerkstatt frz. Kapelle e.V. geführt hatten und dessen Inhalte von der

Vereinsvorsitzenden Barbara Köster im Verbund mit dem Vorsitzenden des Vereins Soester Kulturparlament e.V., Werner Liedmann, flagrant in die Presse getragen wurden, wird behauptet, dass ich offensichtlich nicht die richtige Kommunikation gegenüber der Vereinsvorsitzenden gefunden hätte, dass ich mich nicht abgestimmt hätte, dass ich ohne vorherige interne Kommunikation versucht hätte, den von mir gewollten Weg, nach außen durchzusetzen und dass es zu einem nicht hinnehmbaren Umgang(ston) gekommen war. All dies sind böswillige Falschbehauptungen. Hier die wahre Geschichte in chronologischer Reihenfolge:

Im Frühjahr 2016 hatte der Rat den Ankaufsbeschluss für das Areal der ehemaligen Adam-Kaserne gefasst, in dem auch formuliert war, dass die Einbindung der damaligen Zwischennutzer der ehemaligen Kaserne, zu denen auch die Geschichtswerkstatt frz. Kapelle e.V. gehörte, geprüft werden sollte, es dafür aber keinerlei Subventionen geben dürfe.

Eine kostenneutrale Einbindung der Geschichtswerkstatt aber war nicht möglich. Schon gar nicht war es unter Zugrundelegung des Ankaufsbeschlusses machbar, den gesamten Block 3 für die beiden bisher dort untergebrachten Museen Geschichtswerkstatt und Belgisches Museum zu sanieren. Dies hätte zum damaligen Zeitpunkt geschätzt 4 ½ Mio. € gekostet, die Hälfte des ursprünglichen Gesamtbudgets der Entwicklung der Adam-Kaserne. Insofern hätte ich es mir einfach machen können und den kurzfristig kündbaren Zwischenmietvertrag des Vereins Geschichtswerkstatt Frz. Kapelle e.V. durch Kündigung schnell und rechtlich unangreifbar beenden können.

Da es im Stadtrat aber durchaus parteienübergreifend große Sympathien für die Museen gab, suchte ich nach Lösungen, die den Museen eine Zukunft eröffnen konnten, ohne den Ankaufsbeschluss auszuhebeln und kam auf die Idee, diese im ungenutzten Dachgeschoss unterzubringen und den Block 3 an die noch zu gründende Wohnbau Soest GmbH zu verkaufen, die sodann in den Vollgeschossen des Objekts die

von der Politik geforderten preiswerten Wohnungen unterbringen sollte. Dies war eine erste Idee, deren architektonische Machbarkeit noch geprüft werden musste, für die noch Fördergelder akquiriert werden mussten und für die der Stadtrat noch Mittel freigeben musste.

Die damalige Vorsitzende des Vereins Geschichtswerkstatt Frz. Kapelle e.V. konnte oder wollte indes nie verstehen, dass es mir darum ging, den Museen eine Zukunft zu geben. Sie ignorierte mich über weite Phasen des Projektes und kommunizierte nur mit dem Bürgermeister und dem Kämmerer/ Kulturdezernenten, auch in Fragen, in denen ich als Geschäftsführerin der Vermieterin und Verkäuferin des Blockes 3 originär und allein zuständig war.

Meine Idee der Verlagerung der Museen besprach ich indes ausführlich mit vielen Stakeholdern der Kommunalpolitik und der Stadtverwaltung. Über diese Absprachen berichtete ich auch in einem Post vom 31.3.2017 auf der Online-Plattform des Soester Anzeigers:

„Über die Pläne für Block 3 ist der Aufsichtsrat der WMS und der Ältestenrat informiert. Zudem war ich in den letzten Wochen in vielen Fraktionen und habe dort die aktuellen Planungen für die Adam-Kaserne vorgestellt.“

Erst nach diesen Absprachen wurde diese erste Idee an die Vertreter der Museen herangetragen. Und dies tat ich auch nicht allein. Vielmehr war es der Bürgermeister selbst, der zu diesen Gesprächen einlud.

Insofern ist die Behauptung falsch, dass ich mich nicht abspreche. Vielmehr habe ich mich in der Angelegenheit der Verlagerung der Museen von Block 3 sehr wohl frühzeitig und umfassend mit vielen Akteuren /Stakeholdern abgesprochen.

Es ist auch eine unrichtige Tatsachenbehauptung, dass es sich bei der Verlagerung der Geschichtswerkstatt in das Dachgeschoss von Block 3 um den „von mir gewollten Weg“ handelte. Es war vielmehr ein mit vielen Stakeholdern bzw. Gremien der Stadt Soest

abgestimmter Weg, also ein gemeinsamer Weg von Stadt und WMS.

Daraufhin wurde für beide Museumsvertreter getrennt voneinander ein erster Gesprächstermin angesetzt. Weil der Bürgermeister kurzfristig erkrankte, nahm Peter Wapelhorst, Erster Beigeordneter, Kämmerer und Kulturdezernent der Stadt Soest, den Termin mit der Geschichtswerkstatt stellvertretend für den Bürgermeister wahr. Er übernahm auch die Gesprächsleitung. Die Vereinsvorsitzende nahm mich als Teilnehmerin des Gesprächs und Geschäftsführerin der Vermieterin und Verkäuferin des Blockes 3 nicht einmal zur Kenntnis. Das zeigt eine Email, die sie eine Woche später, am 28.3.2017 nur an Peter Wapelhorst schickte und von der ich erst Kenntnis erhielt, als Peter Wapelhorst diese Email dem Bürgermeister zur Kenntnis gab und sie mir nachrichtlich übermittelte:

Sehr geehrter Herr Wapelhorst,

seit Ihrer „Hiobsbotschaft“ ist eine Woche vergangen, in der wir natürlich intensiv über die Auswirkungen Ihrer Entscheidung nachgedacht haben. Wir sollten uns demnächst ein weiteres Mal zusammensetzen, um noch einmal über die Angelegenheit zu sprechen.

[...]

Freundliche Grüße

Barbara Köster

Geschichtswerkstatt Französische Kapelle e.V.

Einen ähnlichen Eindruck vermittelt auch ein Protokoll der Mitgliederversammlung des Soester Kulturparlaments vom 29.03.2017, in dem es wie folgt heißt:

„Frau Köster berichtet, dass sie vor einer Woche von Herrn Wapelhorst und Frau Dobbstein (Sic!) darüber informiert worden sind, dass die Geschichtswerkstatt die bisherigen Räumlichkeiten in der 3. Etage von Block 3 verlassen muss.“

Auch hier zeigt sich, dass ich in dem Gespräch von der Vereinsvorsitzenden so wenig zur Kenntnis genommen wurde, dass weder mein Name, noch meine akademischen Titel und

auch nicht meine Funktion als Geschäftsführerin der Vermieterin und Verkäuferin des Blockes 3 richtig wahrgenommen und wiedergegeben wurden.

Es ist deshalb auch die Behauptung, ich hätte in diesem Gespräch offensichtlich nicht die richtige Kommunikation gefunden, unrichtig:

Die Gesprächsleitung lag bei Peter Wapelhorst. Wenn die für die Vereinsvorsitzende Köster richtige Ansprache nicht gefunden wurde, so war dies eine Fehlleistung des Ersten Beigeordneten und Kulturdezernent Peter Wapelhorst. Allerdings bin ich der Auffassung, dass hier nicht der Sender, sondern die Empfängerin das Problem war: Das Problem lag ganz wesentlich in der Persönlichkeit der Vereinsvorsitzenden begründet, die sich obstinat einer sach- und interessengerechten Problemlösung verweigerte und der es ausschließlich um die Durchsetzung ihrer eigenen, festgefahrenen Vorstellungen ohne Rücksicht auf die Belange der Stadt Soest und der WMS als Eigentümerin ging.

Als Mittel der Durchsetzung wählte die damalige Vereinsvorsitzende denn auch eine öffentliche „Vorwärtsverteidigung“ und ging am 30.03.2017 – sekundiert vom Vorsitzenden des Vereins Soester Kulturparlament e.V. Werner Liedmann, entgegen der dringenden Bitte des Ersten Beigeordneten in die Presse und klagte dem Soester Anzeiger pro-aktiv ihr „Leid“ mit dem klar erkennbaren Ziel, Druck auf Politik, Verwaltung und WMS auszuüben.

Es ist deshalb eine unrichtige Tatsachenbehauptung, dass ich versucht hätte, den von mir gewollten Weg, nach außen durchzusetzen:

Es insinuiert diese Formulierung nämlich, dass ich planvoll und zielgerichtet, aus strategischen Gründen, in die Presse ging, um den von mir allein gewollten Weg durchzusetzen. **Tatsächlich waren es die Vereinsvorsitzende und Werner Liedmann, die planvoll und zielgerichtet an die Presse herantraten, um öffentlichen Druck auf die WMS, die Verwaltung und die Politik auszuüben mit dem Ziel, ihre Interessen – also den von ihnen gewollten Weg- durchzusetzen.**

Die Anzeiger- Redakteurin Astrid Gunnemann rief mich in diesem Zusammenhang an und ich erläuterte ihr in diesem Telefonat ausführlich und für Laien verständlich die Hintergründe der Informationen, die die Redakteurin bereits von Barbara Köster und Werner Liedmann erhalten hatte. Trotz der ausführlichen Erläuterungen enthielt der von Astrid Gunnemann verfasste Artikel „Museen sollen unters Dach“ vom 31.3.2017 zahlreiche sachliche Fehler. Zudem legte die Redakteurin Gunnemann mir eine proletenhafte Sprache in den Mund. In der Gesamtschau war der Artikel der Redakteurin Gunnemann offen ersichtlich tendenziös in Richtung gegen mich und die WMS.

Daraufhin postete ich sofort unter die Online-Ausgabe dieses Artikels. Einleitend heißt es in dem Post:

„der Soester Anzeiger hat in seinem Artikel meine Interviewaussagen stark vereinfacht, verkürzt und in einer Sprache wiedergegeben, wie sie von mir nicht verwendet wird. Zudem enthält der Artikel echte Fehler.“

Ich ging also nicht aus strategischen Gründen in die Öffentlichkeit, um „den von [...] [mir] allein gewollten Weg durchzusetzen“, sondern berichtete lediglich erhebliche sachliche Fehler des Soester Anzeigers und wehrte mich im Übrigen gegen die proletenhafte Sprache, die mir die Redakteurin Gunnemann in den Mund gelegt hatte.

Richtig indes ist, dass dieser Post nicht mit der Verwaltungsspitze abgesprochen war. Das war aber auch nicht notwendig. Zum einen kommunizierte ich hier keinen Strategiewechsel. Der kommunizierte „Weg“ war mit der Verwaltungsspitze, dem Ältestenrat, dem Aufsichtsrat und vielen Fraktionen abgesprochen. Zum anderen wurden in dem Artikel nicht Mitglieder der Verwaltungsspitze angegriffen und falsch zitiert, sondern nur ich selbst. Ich hatte also jedes Recht, die vielen sachlichen Fehler richtig zu stellen und mich gegen den negativen Eindruck, der vom Soester Anzeiger planvoll und zielgerichtet mittels der proletenhaften Sprache erzeugt wurde, die mir in den Mund gelegt worden war, zu erwehren.

Der damalige Redaktionsleiter des Soester Anzeigers, Holger Strumann, machte aus diesem Post - ohne Rücksprache mit mir, ohne Freigabe durch mich und unter Verletzung meines Urheberrechtes - einen reißerischen Artikel und legte mir erneut zahlreiche falsche Zitate und wiederum eine proletenhafte Sprache in den Mund.

Dieser Artikel erschien am 1.4.2017 in der Printausgabe unter der Überschrift „Allemaal ausreichend“ und in der Onlineausgabe unter dem Titel „Wohnungen werden benötigt, um Soester Kasernenblock zu erhalten“. Durch die Aufmachung des Artikels vermittelte der Soester Anzeiger den unabweisbaren, aber falschen Eindruck, dass ich dem Redakteur Strumann ein Interview gegeben hatte.

Dagegen wehrte ich mich sofort mit einem erneuten Post unter diesen Artikel. Ich leitete diesen Post mit folgender Begründung ein:

„Bedauerlicher Weise legt der Soester Anzeiger mit immer wieder Formulierungen in den Mund, die nicht meinem Sprachduktus entsprechen. Und so denke ich auch nicht. Diesmal habe ich z.B. nicht gesagt, „dass die Fläche allemal groß genug ist“, auch nicht, „dass ich mich mit einer schwarzen Null zufrieden gebe“. Genauso wenig habe ich beim letzten Beitrag gesagt, „dass Geld in die Kasse muss.“

Der Post endet mit der Wiederholung des Ursprungsposts, aus dem der Artikel abgeleitet wurde.

Es war also öffentlich - und damit auch dem Bürgermeister und dem Aufsichtsrat bekannt - dass der unangemessene Umgangston, den mir die (Aufsichts)Ratsmitglieder unterstellten, tatsächlich die reißerische und proletenhafte Sprachdiktation war, die der Redakteur des Soester Anzeigers mir in den Mund gelegt hatte. Weder der Inhalt, noch der Tonfall des ursprünglichen Posts wurde vom Aufsichtsrat kritisiert.

Dennoch wurde nach dem eigenen Vortrag des Aufsichtsrates mit dem aus dem unbeanstandenen Post unseriös abgeleiteten Zeitungsartikel meine Nichtwiederwahl mit der Begründung

betrieben, dieser Zeitungsartikel zeige meinen unangemessenen Umgangston gegenüber Unternehmen und Institutionen und habe den Vorgang „Geschichtswerkstatt Frz. Kapelle“ eskaliert.

Lüge 3:

In den letzten Tagen/ Wochen vor dem Termin zu meiner Wiederwahl waren plötzlich überall Gerüchte darüber aufgepoppt, dass ich meine Mitarbeiter*innen vermeintlich schlecht behandelt hätte. Viele Aufsichtsrat- und Ratsmitglieder führten diese Gerüchte als Grund an, warum sie mich nicht wiederwählen wollten, enthielten mir deren Inhalt aber - angeblich zum Schutz der Mitarbeiter*innen - vor, weshalb ich mich dagegen nicht wehren konnte.

Diese Gerüchte lösten sich nach meiner Nichtwiederwahl schnell öffentlich in Luft auf:

„Überrascht war ich sicher bei einigen Gesprächen mit einzelnen Mitarbeitern über deren Befindlichkeiten. Das hatte ich aus der Entfernung anders vermutet,“

so der Kämmerer in seinem großen Antrittsinterview als mein Nachfolger.

Er hat also schnell herausgefunden, dass ich meine Mitarbeiter*innen nicht schlecht behandelt hatte. Es gab nur Befindlichkeiten, die dem neuen Geschäftsführer offenbar nur schwer zu erklären waren.

Bemerkenswert ist, dass der Kämmerer, ein Vertrauter des Bürgermeisters und schon sehr früh ein selbst erklärter Gegner von mir, seine Erkenntnis, dass es keine schlechte Mitarbeiter*innenbehandlung gegeben hatte, freiwillig und ungefragt sogar in die Presse getragen hat. Einen glaubhafteren Kronzeugen könnte ich nicht haben!

Auch die Ratsmitglieder hätten das vor meiner Nichtwiederwahl leicht herausfinden können, hätten sie mir die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Aber das wollten sie nicht, denn sie haben mit großem Belastungseifer nach Gründen gesucht, trotz meiner herausragenden Leistungsbilanz meine Nichtwiederwahl

zu legitimieren. Bezeichnend ist, dass der Aufsichtsrat diese Vorwürfe in der gerichtlichen Auseinandersetzung nicht wiederholte. Offenbar wusste der Aufsichtsrat, dass es bei den Vorwürfen sich um Lügen handelte und er die Mitarbeiter*innen, die für meine Nichtwiederwahl instrumentalisiert worden waren, der Gefahr einer Strafanzeige wegen Verleumdung und von Schadenersatzforderungen ausgesetzt hätte.

Tatsächlich habe ich meine Mitarbeiter*innen in der WMS modern geführt. Ich habe meine Führungskräfte in Teammeetings in Entscheidungen eingebunden, habe diese so eigenverantwortlich arbeiten lassen wie möglich, Fortbildungen gefördert und praktiziere aus Überzeugung eine offene Fehlerkultur, in der nach Lösungen und nicht nach Schuldigen gesucht wird. Bei öffentlichen Angriffen und rechtlichen Auseinandersetzungen habe ich mich stets vor meine Mitarbeiter*innen gestellt, z.B. [Spargeleklat](#)

Zwei Mitarbeitern habe ich die Chance zu einer Meisterausbildung eröffnet, einer hat diese wahrgenommen, den anderen konnte ich zumindest dazu motivieren, seinen Führerschein zu machen. Nach diesem Erfolgserlebnis denkt er nun doch über die Meisterprüfung nach. Einen ungelerten Mitarbeiter habe ich nach 12 Jahren im Unternehmen motiviert, eine Lehre zu machen und ihn für den Schulunterricht entsprechend freigestellt. Diese Lehre hat die WMS auch noch unterstützt, als der Mitarbeiter aus hier nicht genannten Gründen das Unternehmen verlassen musste. Ich habe zudem abgestellt, dass Auszubildende im Veranstaltungsmanagement der Stadthalle ganztägig im Ticketverkauf eingesetzt wurden und für eine qualifizierte Ausbildung gesorgt.

Die Mitarbeiter*innen durften sogar ihre Hunde mit ins Büro und in die Stadthalle bringen und ihre Arbeitszeiten abseits der Notwendigkeiten frei gestalten. Ihre Überstunden konnten sie eins zu eins abfeiern, auch in Gehaltsgruppen, in denen in der Privatwirtschaft Überstunden mit dem Gehalt abgegolten sind.

Andererseits habe ich mich aber auch nicht davor gedrückt, mich von Mitarbeiter*innen zu

trennen. Ich hatte bei meinem Amtsantritt schwerwiegende Probleme mit einzelnen Mitarbeiter*innen vorgefunden, Probleme, die bereits seit vielen Jahren schwelten und die jeder im Verwaltungsvorstand und dem Aufsichtsrat kannte. Diese Mitarbeiter*innen konnten im Konzern weder versetzt noch umgesetzt werden. Deshalb musste ich mich vereinzelt auch von Mitarbeiter*innen trennen.

Sich von Mitarbeiter*innen zu trennen, gehört auch für jede Geschäftsführung zu den unangenehmsten Aufgaben. Ich betrachte es als Stärke, dass ich mich um solche Aufgaben nicht gedrückt habe. Das schuldete ich im Übrigen auch dem Steuerzahler, der die WMS subventioniert.

Nach neuen Mitarbeiter*innen habe ich zum Teil länger als ein Jahr gesucht. Nicht nur für die Stadthalle, sondern auch für das Kerngeschäft der Wirtschaftsförderung konnte ich aber schließlich Mitarbeiter*innen aus der Privatwirtschaft gewinnen, die eine sehr hohe Professionalität und Leistungsbereitschaft mitbrachten und die meine Vision einer unternehmerisch geführten, professionellen und kundenfreundlichen WMS teilten.

Ich verließ ein gut bestelltes Haus, von dem meine Nachfolger*in sicher noch ein Jahrzehnt profitieren können.

Fazit:

Der Bürgermeister und ggf. weitere (Aufsichts)Ratsmitglieder logen planvoll und zielgerichtet, um mich, eine herausragend erfolgreiche Geschäftsführerin aus dem Amt zu drängen. Diese Lügen bedienten die Stereotype des Mannweibes und der Kampflesbe - aggressiv, nicht bürgerlich, proletenhaft.

Tatsächlich erlebten die (Aufsichts)Ratsmitglieder mich jederzeit freundlich, sachlich, ehrlich, zugewandt und wertschätzend. Nie hob ich meine Stimme und blieb selbst dann noch freundlich und auf der Sachebene, wenn ich rüde, demütigend und aggressiv abgekanzelt wurde.

Trotzdem verfiel das Narrativ der aggressiven, proletenhaften Frau, vielleicht gerade deshalb,

weil es die Stereotype des Mannweibes und der Kampflesbe bediente. Aber ich bin weder das eine, noch das andere. Dafür sind die Lügen der beste Beweis, denn die brauchte es nur deshalb, weil sich keine wahre Geschichte fand, die das gewünschte Bild erzeugen konnte.



Weniger brav versus Likeability Dilemma

Die Managementliteratur empfiehlt Frauen zwar durchgängig, weniger brav zu sein, selbstbewusster, sich mehr zuzutrauen und über ihre Leistungen zu sprechen, aber wenn sie das - wie ich in Soest - tun und sich mehr wie Männer verhalten, dann gelten sie als zu ehrgeizig, egoistisch, aggressiv.

2003 führte die Harvard Business School ein Experiment durch, um die Wahrnehmung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz zu testen. Sie wählten die Fallstudie von Heidi Roizen, einer real existierenden Unternehmerin. Der Fall beschrieb, wie Heidi dank ihrer aufgeschlossenen Persönlichkeit und ihrer Netzwerkfähigkeiten erfolgreich war. Die gleiche Geschichte wurde 2 Gruppen von Studenten mit einem Unterschied zu lesen gegeben: Eine Gruppe las die Geschichte im Original, in der zweiten Version wurde Heidi in Howard umbenannt. Als beide Gruppen gefragt wurden, was sie dachten, fanden beide Gruppen Heidi und Howard gleichermaßen kompetent, was Sinn machte, da ihre Leistungen identisch waren. Aber während Howard als ansprechender Kollege bewertet wurde, wurde Heidi als «egoistisch» und «nicht als die Person, für die man gerne arbeitet»

Auch ich wurde immer wieder als aggressiv dargestellt. Hier nur ein Beispiel:

Als sich ein Investor aus strategischen Gründen entschloss, fällige Kaufpreise zurückzuhalten, um Zugeständnisse in Millionenhöhe zu erwirken, ich mich diesem Investor aber entschlossen entgegenstellte und erreichte, dass die WMS die Kaufpreise erhielt, ohne dass die WMS und die Stadt ein einziges Zugeständnis machen mussten, da war das ein riesiger Erfolg und ganz sicher eine Sternstunde meiner Amtszeit. Ich bin sicher: ein Mann wäre für seine Durchsetzungsstärke bewundert und gefeiert worden. Ich aber erwarb ich mir den Ruf, aggressiv zu sein.

Ähnliches geschah auch, wenn ich Kaufvertrag für Kaufvertrag die Grundstückspreise durchsetze, die notwendig waren, um die vom (Aufsichts)Rat geforderte Kostenneutralität der Projekte zu erreichen. So wendeten sie selbst meine größten Erfolge gegen mich.



Es trifft nicht nur mich im kleinen Soest, sondern nun sogar die neue First Lady der USA und nicht irgendwo, sondern im Wall Street Journal.

Dort darf ein Essayist schreiben: Madame First Lady – Mrs. Biden – Jill – Kindchen: denken Sie darüber nach und lassen Sie den Doktor in Zukunft fallen. „Dr. Jill Biden“ hört und fühlt sich betrügerisch an, um nicht zu sagen ein bisschen komisch.

Das ist keine Seltenheit. Lesen Sie zum Thema #ImmodestWomen auch: [Should female doctors hide their title? Why #immodestwomen say no](#)

Wie oft wurde mir in Soest erklärt, dass meine Titel

hier nichts zählten. Dabei waren es gerade mein Know-how und meine fast 25jährige Erfahrung in der Immobilienwirtschaft, die mich für Soest zu einem Glücksfall in einer Zeit machten, als die WMS zusätzlich zur klassischen Wirtschaftsförderung drei Großprojekte mit einem Investitionsvolumen von 34 Mio. € entwickelte ohne auch nur für eines ausgestattet zu sein.

Und obwohl ich exzessiv arbeitete, dabei von Erfolg zu Erfolg eilte und alles, was ich anfasste, "zu Gold wurde", wurden meine Leistungen nur als "ordentlich" abqualifiziert. Berichtete ich im Aufsichtsrat von meinen Erfolgen, wurde mir unterstellt, ich wolle nur gelobt werden. Und als ich im Vorfeld des Wiederwahltermins meine Leistungsbilanz erstellte und dem Aufsichtsrat übersandte, wurde mir dies nicht als Professionalität, sondern als Schwäche ausgelegt.

Nicht einmal über meine größten Erfolge freute man sich mit mir und für die Stadt, geschweige denn, dass mir gratuliert wurde. Es herrschte eisiges Schweigen:

- als ein Investor die fällige Kaufpreiszahlung in Höhe mehrerer Mio. € zurückhielt, um millionenschwere Zugeständnisse zu erwirken, ich aber nach 2 Monaten hartnäckigen Kampfes erreichen konnte, dass die Kaufpreise gegen den Willen des Käufers ausbezahlt wurden oder
- als ich verkünden konnte, dass ich einen Kasernenblock der Adam-Kaserne 3 ½-fach über Plan verkauft hatte und der Investor zusätzlich zugestanden hatte, ein Museum unterzubringen und 50 % der Wohnungen preisgebunden anzubieten oder
- als ich verhandeln konnte, dass die Versicherung der Brandstifter der Strabag-Halle 3 ½-fach mehr als ursprünglich angeboten auszahlte oder
- als es mir gelang, dass der Verkäufer der Adam-Kaserne seine Flächen nicht erst nach 5 Jahren, sondern bereits ein Jahr nach dem Ankauf räumte und die Entwicklung damit wesentlich beschleunigt werden konnte oder

- als ich einen noch jahrelang nicht kündbaren Mietvertrag, der die Entwicklung der Strabag-Fläche blockierte, auflösen und damit noch einmal mehr als ½ Mio. € erwirtschaften konnte.
- Im Rahmen der Kampagne zu meiner Nichtwiederwahl wurde schließlich behauptet, die von mir vorgelegte [Leistungsbilanz](#) träfe nicht zu.

Um eine solche Tatsachenbehauptung aufzustellen, hätte nachgewiesen werden müssen, dass ich die von mir aufgelisteten, im Übrigen quantifizierten und nachweisbaren Leistungen nicht erbracht hatte. Tatsächlich wird nicht einmal bestritten, dass ich die aufgeführten Leistungen erbracht habe. Insofern ist die - pauschale- Aussage, meine Leistungsbilanz träfe nicht zu, eine falsche Tatsachenbehauptung, eine Lüge.

Vorgetragen wird eine Relativierung meiner Leistungen: der Erfolg der Adam-Kaserne beruhe auch auf dem niedrigen Ankaufspreis, den mein Vorgänger gegen die BI mA durchgesetzt hätte, die Lage auf dem Immobilienmarkt sei ja auch gut gewesen, ich hätte nur so viel gearbeitet, weil ich mich nicht organisieren konnte und im Geschäftsfeld der klassischen Wirtschaftsförderung hätte ich nicht die gleichen Leistungen wie in der Flächenentwicklung erbracht.

Die Behauptung, dass die Adam-Kaserne zu einem niedrigen Preis erworben werden konnte, weil mit der BI mA auf der Basis einer Wirtschaftlichkeitsanalyse verhandelt werden konnte, die von niedrigen Verkaufspreisen der fertigen Grundstücke ausging, ist falsch. Tatsächlich wurde die Adam-Kaserne zu teuer eingekauft. Zwar waren die Verkaufspreise moderat angesetzt, aber viele Fehler in dieser Wirtschaftlichkeitsanalyse überkompensierten das. Der größte Fehler bestand darin, dass die Flächen für die Erschließungsanlagen einer groben Skizze entnommen worden waren, in der sämtliche Nebenstraßen fehlten. Dieser Fehler wog doppelt schwer, weil einerseits Baukosten für 90 % mehr Straßenflächen anfielen und diese Flächen

andererseits nicht als Nettobauland vermarktet werden konnten. Allein dieser Fehler konnte später auf ca. 2,6 Mio. € beziffert werden. Insgesamt summierten sich die Fehler auf mehr als 6 Mio. €, bei einem ursprünglich geschätzten Projektvolumen von 9,3 Mio. €.

Ich führte die Adam-Kaserne trotzdem zum Erfolg. Aber nicht wegen des Verhandlungsgeschicks meines Vorgängers in den Ankaufsverhandlungen, sondern trotz der vielen Fehler, die beim Ankauf des Areals gemacht worden waren.

Richtig ist, dass die Lage auf dem Immobilienmarkt gut war. Richtig ist aber auch, dass Projekte **nur** in guten Phasen umgesetzt werden können. Die Leistung besteht darin, diese Phasen auszunutzen. Immobilienzyklen dauern durchschnittlich 12 Jahre, wobei das letzte Viertel durch ein exponentielles Wachstum geprägt ist, bevor der Zyklus dann von einem auf den anderen Tag zusammenbricht und Projekte, die nicht weit fortgeschritten sind, in einen Dornröschenschlaf, oft von mehr als einem Jahrzehnt, fallen. Bei meinem Amtsantritt befand sich der Zyklus am Beginn des 10. Jahres, also am Beginn des letzten Viertels. Ich befürchtete deshalb, dass mir nur ca. 3 Jahre bleiben würden, insbesondere für die Entwicklung der Adam-Kaserne, für deren Entwicklung mein Vorgänger aber realistisch 10 Jahre eingeplant waren. Vor diesem Hintergrund habe ich über weite Phasen an 7 Tagen die Woche vom Aufstehen bis zum Schlafengehen, weitgehend ohne Urlaub gearbeitet. 80-90 Stunden-Wochen waren die Regel. So konnte ich in meiner 46 Monate dauernden Amtszeit das Belgische Viertel (Adam-Kaserne) zur Baureife führen und nahezu alle Grundstücke verkaufen, Ackerflächen für das Gewerbe- und Industriegebiet Wasserfuhr ankaufen, ebenfalls bis zur Baureife entwickeln und viele Grundstücke verkaufen sowie die Strabag-Fläche mit einem Sanierungskonzept, einem städtebaulichen Wettbewerb und dem Rückbau der aufstehenden Gebäude so weit vorantreiben, dass die Baureife nur 1 ½ Jahren später erreicht werden sollte. Es ist deshalb mein Verdienst, den

Wettlauf gegen die Zeit gewonnen zu haben.

Es sei an dieser Stelle auch einmal ein Vergleich angestellt, der plastisch vor Augen führt, welche Leistung ich hier erbracht habe: Die Stadt Münster hat nur kurz nach der WMS zwei ehemalige Kasernen von der BlmA erworben. Sie hat dafür eine eigene Gesellschaft mit mittlerweile 8 Mitarbeiter*innen gegründet. Die Stadt Münster hat den Mitarbeiter*innen zudem zugesagt, sie nach Projektende zu übernehmen, so dass die Personalkosten die Stadt auch nach Projektende langfristig belasten. Ziel ist es, die Flächen 10 Jahre nach dem Erwerb fertigzustellen.

Wir hingegen haben ohne zusätzliches Personal neben dem Tagesgeschäft und dem strategischen Umbau der WMS – in 46 Monaten zwei Großprojekte umgesetzt und ein drittes weit vorangebracht. Meine Erfolge waren also nicht bloße Windfall-Effekte einer guten Marktlage, sondern Ergebnis meiner harten Arbeit, aber auch meines Know-hows und meines Verhandlungsgeschickes.

Insoweit vorgetragen wird, dass ich im Geschäftsfeld der klassischen Wirtschaftsförderung nicht ähnliche Leistungen erbracht hätte wie in der Flächenentwicklung, stimmt das ebenfalls nicht, denn wir haben durchaus sehr viel in diesem Geschäftsfeld geleistet, zum anderen ist es eine unzulässige Verzerrung der tatsächlichen Verhältnisse: Ca. 80 % der Geschäftstätigkeit machte die Flächenentwicklung aus. Das nächstgrößere Geschäftsfeld war das Management der Stadthalle, in der ich nicht nur das Tagesgeschäft verantwortete, sondern in meiner kurzen Amtszeit auch ein erfolgreiches Change- und Turn-Around-Management durchführte und die Stadthalle fast vollständig neu aufsetzte.

Das dritte große Geschäftsfeld waren die innerstädtischen Großveranstaltungen. In diesem Geschäftsfeld habe ich in meiner kurzen Amtszeit zwei neue Veranstaltungen (Winterstrahlen und ProBierBar) neu konzeptioniert und etabliert, den für die

Gastronomie und den Einzelhandel so wichtigen Weihnachtsmarkt um ca. 25 %, um den Domplatz, erweitert und damit den Rundlauf geschlossen sowie die beiden Wochenmärkte übernommen.

Darüber hinaus ist die WMS noch für die Verwaltung und die Vermietung des Bahnhofsgebäudes zuständig. Hier wurden in meiner Amtszeit zwei große Einzelhandels- und Büromietverträge geschlossen. Und ebenfalls größer als das Geschäftsfeld der klassischen Wirtschaftsförderung ist noch der Bereich „Stadtmarketing/ Tourismusinformatio“.

Die klassische Wirtschaftsförderung ist in der Struktur der WMS - so wie der Stadtrat sie selbst konzipiert hat! - also das kleinste Geschäftsfeld mit einem Anteil von geschätzt sehr deutlich unter 5 %. Trotzdem wuchs auch dieses Geschäftsfeld, z.B. stellte die Kreiswirtschaftsförderung die Gründerberatung ein, die die WMS dann übernahmen.

Dass die Flächenentwicklung ca. 80 % der Geschäftstätigkeit ausmachte, bedeutete also zum einen nicht, dass ich die anderen Geschäftsfelder während meiner Amtszeit vernachlässigte, ganz im Gegenteil: alle Geschäftsfelder wuchsen beträchtlich - auch die klassische Wirtschaftsförderung.

Zum anderen ist die Behauptung, ich sei ja durchaus sehr kompetent in dem Geschäftsfeld, das 80 % der Geschäftstätigkeit ausmacht und in dem die großen Risiken der Gesellschaft (ca. 34 Mio. € at Risk) stecken, aber in dem kleinsten Geschäftsfeld, der klassischen Wirtschaftsförderung, hätte ich mehr leisten können, ist eine objektiv disproportionale Bewertung meiner Leistung.

Es ist zudem auch verlogen, denn im Rahmen der Finanzplanung 2020 hatte die SPD eine zusätzliche Stelle für die klassische Wirtschaftsförderung beantragt. Der Aufsichtsrat indes stimmte diesem Beschlussantrag gerade nicht zu. Da die Wirtschaftsförderung nur mit einem Mitarbeiter ausgestattet war, der zugleich der einzige

Mitarbeiter in der Flächenentwicklung war, eine weitere Inventarisierung der WMS mit Personalmitteln in den vorgenannten Geschäftsbereichen gerade nicht erfolgen sollte und ich meine Arbeitskapazitäten bereits bis an die Grenzen des Machbaren ausreizte, musste dem (Aufsichts)Rat klar sein, dass der operative Schwerpunkt der WMS in den kommenden Jahren auf der Flächenentwicklung und eben nicht auf der Netzwerkarbeit mit den Soester Unternehmen liegen würde. Die dieser operativen Schwerpunktbildung zugrundeliegenden strategischen Entscheidungen hat der (Aufsichts)Rat aber bereits vor meinem Amtsantritt mit den Ankaufsentscheidungen für die Großprojekte Adam-Kaserne und Strabag selbst getroffen.

Die Tätigkeiten der WMS unter meiner Ägide haben sich gemessen an Umsatz und Bilanzsumme fast verfünffachten (Umsatz und Bilanzsumme stiegen von rund 3 Mio. € auf fast 15 Mio. €). Meine Leistung habe ich in meiner Leistungsbilanz auf ca. 13,4 Mio. € beziffert, was vom Aufsichtsrat nicht bestritten wird. Ich meine, dass das eine herausragende Leistung war und der Aufsichtsrat sich für seinen Vortrag, dass meine Leistungsbilanz nicht zuträfe und ich nur so viel gearbeitet hätte, weil ich mich nicht organisieren konnte, schämen sollte.

Meine Bestellung zur Geschäftsführerin war in ihren Augen offenbar ein "Betriebsunfall", den sie schnell "korrigieren" wollten. Dabei störten meine Erfolge. Deshalb wurden diese kleingerechnet, ignoriert, gegen mich gewendet und ich aufgefordert, bescheiden zu sein und diese ebenfalls nicht zu erwähnen.

In dieser so konservativen Gesellschaftskultur, in der Respekt und der Mythos der Leistungsgesellschaft normalerweise hohe Werte darstellen sollten, fehlte gänzlich der Respekt für meine akademischen Titel, für meine für Soester erbrachten Leistungen und für meine Person.



NYTIMES.COM

For Women in Economics, the Hostility Is Out in the Open
Studies have found that the field is plagued by a singular problem ...

Als ich das im Frühjahr 2019 zum Gegenstand einer Aufsichtsratssitzung gemacht habe, stellten sich Teile des Aufsichtsrates an meine Seite und bezeichneten den Umgang mit mir als falsch, aus den Reihen des Aufsichtsrates fiel sogar das Wort Mobbing. Das alles wurde protokolliert. Ein Aufsichtsratsmitglied machte im weiteren Verlauf der Sitzung anhand eines Beispiels deutlich, dass mit einem Mann nie so umgegangen würde.

Vorwürfe des Bürgermeisters und des Aufsichtsratsvorsitzenden – im Übrigen fast ausnahmslos haltlos - wurden nicht intern vorgebracht, sondern coram publico und unangekündigt im Aufsichtsrat und sogar in die Presse eskaliert. Pressekampagnen gegen mich wurden nicht gestoppt oder sogar selbst losgetreten und Aufsichtsratsmitglieder verletzten ihre Verschwiegenheitsverpflichtung, um Informationen mit einem falschen Spinn in die Presse zu geben.

In den Monaten vor dem Wiederwahltermin wurden zwei zusätzliche, eigentlich überflüssige AR-Sitzungen kurzfristig einberufen, die im Ton noch viel schlimmer waren als alle vorangegangenen und eine turnusgemäße Aufsichtsratssitzung, die nach 4 Sitzungen in 5 Monaten nicht mehr notwendig war, durfte nicht abgesagt werden. Ich bin heute davon überzeugt, dass diese Sitzungen und ihr Verlauf dazu dienen sollten, mich so zu zermürben, dass ich „freiwillig“ auf meine Wiederwahl verzichten würde.

Nun stellt eine amerikanische Studie fest, dass meine Erfahrung in Soest nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist:

„Vor einigen Jahren saßen die Wirtschaftswissenschaftler Alicia Sasser Modestino und Justin Wolfers am Ende einer Fachkonferenz und sahen zu, wie Rebecca Diamond, ein aufstrebender Stern auf ihrem Gebiet, ihre neuesten Forschungen zur Ungleichheit vorstellte. Zumindest sollte sie es präsentieren - Momente nachdem sie mit ihrem Vortrag begonnen hatte, begann das Publikum, sie mit Fragen zu überhäufen. "Sie muss in den ersten fünf Minuten 15 Fragen erhalten haben, darunter: "Werden Sie uns die Daten zeigen? ", erinnerte sich Dr. Modestino. Es war eine seltsame, sogar erniedrigende Frage - die Sitzung befand sich im datenintensiven Bereich der angewandten Mikroökonomie. Natürlich würde sie ihre Daten zeigen.

Das war der Anlass für eine Studie, die herausfand, dass Frauen, wenn sie Vorträge hielten, 12 Prozent mehr Fragen als Männer beantworten mussten, und es war wahrscheinlicher, dass sie Fragen erhielten, die bevormundend oder feindselig waren. Sie wurden bereits in den ersten Minuten häufig und aggressiv unterbrochen.

[...]“

Das Paper ist die neueste Ergänzung zu einer wachsenden Zahl von Beweisen für Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in der Wirtschaft. Andere Forscher haben in den letzten Jahren festgestellt, dass Frauen weniger wahrscheinlich als Männer eingestellt und befördert werden und größere Hindernisse für die Veröffentlichung ihrer Arbeiten in Wirtschaftszeitschriften haben. Diese Probleme gibt es nicht nur in der Wirtschaft, aber es gibt Hinweise darauf, dass das Gebiet ein besonderes Problem hat: Die geschlechtsspezifischen und rassistischen Unterschiede in der Wirtschaft sind größer und haben sich im Laufe der Zeit weniger verringert als in vielen anderen Bereichen.

[...]

Und es stellte sich heraus, dass subtilere Formen der Voreingenommenheit weit verbreitet waren: Nur eine von fünf Frauen gab an, „mit dem Gesamtklima zufrieden zu sein“. Fast jeder Dritte gab an, diskriminiert worden zu sein. Und fast die Hälfte der Frauen gab an, sie hätten es vermieden, auf einer Konferenz oder einem Seminar zu sprechen, weil sie Belästigung oder respektlose Behandlung befürchteten.

[...]

Frauen werden auch weniger häufig eingeladen werden, ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren. Laut einem anderen Papier machten Frauen weniger als ein Viertel der Wirtschaftsgespräche der letzten Jahre aus.

Faktencheck:

„Es gibt selbstverständlich etliche Frauen in Führungspositionen.“

so Dr. Eckhardt Ruthemeyer in seinem großen Interview zur Kommunalwahl im Soester Anzeiger vom 31.8.2020

Fakt ist:

Die erste und zweite Führungsebene in der Verwaltung und die Geschäftsführer in den Tochtergesellschaften sind fast ausnahmslos männlich und übrigens durchweg „bio“-deutsch.

Hier der Faktencheck:

1. Reihe

Verwaltungsvorstand:

- Dr. Eckhard Ruthemeyer
- Peter Wapelhorst (Wahlbeamter)
- Matthias Abel (Wahlbeamter)
- Meinhard Esser
- Jörg Radandt

Geschäftsführer Beteiligungen:

- Andre Dreißen, Stadtwerke
- Klaus Alexander, WohnBau Soest
- Timo Schirmer, Aquafun
- Sven Freytag, Klinikum
- N.N., WMS

2. Reihe

Abteilungsleiter Stadtverwaltung

- Dirk Mackenroth, KBS-Abteilungen Straßen, Gewässer, Grün sowie Straßenverwaltung, Gebühren, Beiträge
- Tobias Trompeter, KBS-Abt. Immobilienmanagement (K30)
- Stefan Meyer, KBS-AG. Bilanzen und Rechnungswesen (K41), KBS-Abt. Finanzen und Controlling (K40)
- Dr. Norbert Wex, Kultur
- Dirk Märte, Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Ratsbüro
- Jürgen Winkler, Jugend
- Uwe Hemmersbach, Soziales
- Olaf Steinbicker, Stadtentwicklung und Bauordnung
- Thomas Nübel, Bildung und Sport
- Gero Sliwa, Zentrale Dienste
- Stefan Meyer, Finanzen
- Ursula Gerke, Personal und Organisation

„Als innovative Verwaltung haben wir ein ganzheitliches Personalentwicklungskonzept, das vor allem Frauen fördert“, so der Bürgermeister in dem gleichen Interview. Offenkundig ist das Konzept nicht erfolgreich.

Der Bürgermeister fordert Übrigens auch auf: „Für eine vielfältige Stadt am 13. September Dr. Eckhard Ruthemeyer wählen.“ Dass es diese Vielfalt zumindest im Rathaus und seinen Beteiligungen nicht gibt, zeigt die genannte Auflistung auch: die Führungskräfte der ersten beiden Reihen sind nicht nur fast ausnahmslos männlich, sondern durchweg auch „bio“-deutsch.

Dabei weiß die Privatwirtschaft schon lange, dass vielfältige Führungsteams erfolgreicher sind. Die 25 % der Unternehmen, die die meisten Frauen einbinden, haben eine 47 % höhere Eigenkapitalrendite und eine 55 % höhere EBIT-Marge als diejenigen Unternehmen, die keine Frauen im Vorstand haben und das sind bekanntlich viele (z.B. haben 8 von 30 Unternehmen im Dax keine einzige Frau im Vorstand). Viele Unternehmen haben mittlerweile Diversity-Manager*innen, die die Aufgabe haben, Vielfalt aktiv herzustellen.



In einem Interview [Wir I\(i\)eben bunt](#) erläutert der Essener CDU-Bürgermeister Thomas Kufen, **dass er "Diversity" zur Chefsache gemacht habe, weil er der Überzeugung sei, dass eine Kultur der Vielfalt ein Pluspunkt im Kampf um Einwohner*innen und Mitarbeiter*innen ist.**

Ganz anders in Soest: **"Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingesessenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. [...] Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden"**, so ein Ratsmitglied als wir den Umgang mit uns einmal thematisierten.

Meine Äußerung, dass auch Homophobie und Misogynie eine Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben, habe ich zwar unter dem Druck der in die Öffentlichkeit gelangten Verleumdungen gemacht, diese Äußerungen waren aber trotzdem nicht leichtfertig und gut begründet. Tatsächlich haben über meine gesamte Amtszeit meine Lebensgefährtin und ich auch von (Aufsichts-)Ratsmitgliedern Homophobie in einem Ausmaß erfahren, das wir in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts nicht mehr für möglich gehalten haben.

Während mich das Amt zunächst noch halbwegs schützte, musste meine Lebensgefährtin den Großteil dieser Homophobie tragen. Vor allem wurde versucht, sie unsichtbar zu machen.

Dabei wurde meine Lebensgefährtin von vielen Soester Kommunalpolitiker*innen entweder nicht oder erkennbar widerwillig begrüßt, sie drehten sich weg, taten, als ob sie uns nicht gesehen hatten, vermieden den Handschlag und wenn sie ihn nicht vermeiden konnten,

verweigerten sie den Augenkontakt. Von Gastgebern wurde meine Lebensgefährtin als meine „Begleitung“, „Mitstreiterin“ etc. vorgestellt, obwohl ich sie zuvor unmissverständlich als meine Lebensgefährtin eingeführt hatte.

Ohne meine Lebensgefährtin zu kennen, wurde auch immer wieder behauptet, dass sie die männliche Rolle in unserer Beziehung inne habe und dies mit der „Angst“ verbunden, dass sie deshalb die heimliche Geschäftsführerin der WMS sei. Einmal abgesehen davon, dass diese Rollenzuschreibungen in Mann und Frau in homosexuellen Beziehungen Vorurteile von vorgestern sind, einmal abgesehen davon, dass nicht einmal mehr heterosexuelle Beziehungen noch in solchen Rollenbildern funktionieren, wurde zum einen meiner Lebensgefährtin ihre weibliche Identität und zum anderen mir – als dem vermeintlich weiblichen Part - die Fähigkeit zur Geschäftsführung abgesprochen.

Meine Lebensgefährtin musste sich sogar anhören, dass sie leider ein zu breites, slawisches Gesicht habe und andere Ratsmitglieder das noch strenger beurteilten. So entstand bei meiner Lebensgefährtin der Eindruck, dass es eine inoffizielle Prüfung zur Aufnahme in die sog. Soester Stadtgesellschaft gegeben haben musste, die sie nicht bestanden hatte, weil ihre Gesichtszüge nicht deutsch, nicht arisch genug sind. Ohne sich nach den Fakten erkundigt zu haben - Nachname und Gesichtszüge sind nicht slawisch, wurde mit dem Wort „slawisch“ gerade ein Begriff gewählt, der in der deutschen Geschichte so ungut mit dem Begriff des Untermenschen verbunden ist und damit eine Assoziationskette von Minderwertigkeit eröffnet.

Und das alles ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges, nur das, was uns ganz unbefangen gegenüber direkt geäußert wurde, wir mögen uns nicht vorstellen, was hinter unserem Rücken geredet wurde und wie wir noch heute verleumdet werden.

Insbesondere der Bürgermeister setzte den „Ton“ für den Umgang der Soester Politik mit mir und meiner Lebensgefährtin. Als ich ihm meine Lebensgefährtin auf einem Stadtfest erstmals vorstellte, drehte er ihr flagrant den Rücken zu, auf einem anderen Stadtfest begrüßte er ostentativ zufällig vorbeilaufende

Passanten, meine Lebensgefährtin aber nicht und er brachte es über meine gesamte Amtszeit hinweg nicht ein einziges Mal über sich, Small-talk mit meiner Lebensgefährtin zu machen, nicht einmal bei Mittagessen, bei denen man sich direkt gegenüber saß.

Ein Ratsmitglied sagte mir kurz vor der Nichtwiederwahl, dass es ihr das Herz gebrochen habe, wenn sie gesehen habe, wie bei öffentlichen Veranstaltungen mit uns umgegangen worden sei, sie schäme sich für ihre Ratskollegen und -kolleginnen. SPD-Aufsichtsratsmitglieder rechtfertigten, dass sie mich nicht wiederwählten, damit, dass sie mich nur so schützen könnten, „sonst würde man mich kaputt machen“. Reihenweise wurde mir berichtet, dass die einzige andere Frau in einer Führungsposition in der mehr als 20jährigen Amtszeit des Bürgermeisters durch Mobbing zum Verzicht auf ihre Nichtwiederwahl gedrängt worden war. Und ein langjähriger, wohlwollender Wegbegleiter des Bürgermeisters, ein konservativer Mann sagte mir, dass er keinen Zweifel daran habe, dass meine Nichtwiederwahl darin begründet sei, dass der Bürgermeister mit Frauen in Führungspositionen nicht umgehen könne und/ oder wolle. Wörtlich sagte er: „Er hat da leider eine Macke.“



Am Tag nach meinem inkriminierten Interview hieß es im Soester Anzeiger:

„So versicherten sowohl WMS-Mitarbeiter, als auch Hänsch [damals AR-Vorsitzender], dass solche Vorwürfe „kein einziges Mal thematisiert worden seien.“

Das war eine Lüge!

Andre Hänsch räumte später selbst ein: Prof. Dr. Dobberstein hat „gelegentlich angedeutet, dass ihre [...] Lebensgefährtin nicht akzeptiert werde. Homophobie und Frauenfeindlichkeit sind dabei nie ein Thema gewesen.“

Aus der Tatsache, dass ich zwar die homophobe Diskriminierung geschildert, das Wort „Homophobie“ aber nicht gebraucht hätte, abzuleiten, dass ich niemals über Homophobie gesprochen hätte, ist eine nachgerade kabarettreife Argumentation.

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, warum diese Frage überhaupt zum wesentlichen Thema der Berichterstattung wurde. Denn selbst wenn ich das Thema nie angesprochen hätte, ob mit oder ohne dem entsprechenden Terminus Technicus, dann wäre dies ja kein Beweis dafür, dass es Homophobie nicht gegeben hat. Aber wenn es schon wichtig war, ob ich das Thema "Homophobie" angesprochen hatte oder nicht, dann war es eine Lüge zu behaupten, ich hätte das nie getan.

Tatsächlich gibt es sogar mehrere Schriftstücke, die beweisen, dass meine Lebensgefährtin und ich sehr wohl mehrfach darüber gesprochen haben, wie belastend das Verhalten der Soester Politik war.

So hatte ich kurz vor der Nichtwiederwahl die Ratsmitglieder in einem Schreiben vom 2.6.2020 bereits gefragt: *„Mit großem Belastungseifer wird offenbar nach Gründen gesucht, wie trotz meiner herausragenden Leistungsbilanz meine Nichtwiederwahl begründet werden kann, zunächst mit dem vorgeschobenen Argument, dass ich meine Mitarbeiter*innen schlecht behandle, nun mit einer handfesten Verleumdung. Mir läuft es kalt den Rücken herunter, mit welcher Brutalität offenbar versucht wird, mir alles zu nehmen – meine Karriere, meine Existenz und auch mein Heim. Ich bitte diejenigen, die sich daran beteiligen, sich noch einmal selbst zu hinterfragen, warum Sie so dringend einen Grund suchen und was der wahre Grund ist, warum Sie mich nicht wiederwählen wollen. Könnte es sein, dass der wahre Grund in meinem Geschlecht, meiner sexuellen Orientierung und/ oder meiner Herkunft aus urbanen Milieus begründet ist?“*

Nach eigenen Angaben kannte der Soester Anzeiger jedes meiner Schreiben an den (Aufsichts)Rat und wusste deshalb wahrscheinlich auch von diesem Schreiben.

Im Übrigen legt nun der Bürgermeister selbst folgende Email vor, die ich am 13.12.2019 an Achim Kienbaum vom Soester Anzeiger geschickt hatte und die CC an den Bürgermeister ging:

"Sehr geehrter Herr Kienbaum,

Meine Lebensgefährtin und ich leben unsere Beziehung offen und ich nehme sie auf jede Veranstaltung mit, auf der es möglich ist, seinen Partner mitzubringen, aber auch nach 3 Jahren ignorieren weite Teile der Soester*innen unsere Beziehung, versuchen meine Lebensgefährtin unsichtbar zu machen.

Viele geben ihr nicht die Hand oder wenn sie das gar nicht vermeiden können, sehen sie ihr dabei nicht in die Augen, auf Veranstaltungen wird sie fast immer als meine „Begleiterin“ vorgestellt, obwohl ich sie dem Gastgeber klar als meine Lebensgefährtin vorgestellt habe.

Ihr Artikel ist nun die Krönung dieses Unsichtbarmachens. Meine Lebensgefährtin ist alles, aber keine Lippstädterin [in meiner Pressemitteilung hatte ich von „meiner Lebensgefährtin“ gesprochen, im Artikel hatte Kienbaum dies durch „eine Lippstädterin“ ersetzt]. **Sie versucht, mit mir hier zu leben und unser Lebensmittelpunkt ist Soest, auch wenn wir in meinem Elternhaus in Lippstadt wohnen. Wir haben nicht einmal soziale Kontakte zu Lippstädtern, schon insoweit ist Ihr Artikel falsch. Aber vor allem ist sie meine Lebensgefährtin und nicht eine x-beliebige Lippstädterin.**

Während mich noch das Amt schützt und die Soester gezwungen sind, mit mir umzugehen, trifft die ganze Homophobie meine Lebensgefährtin. Ich mache mir sehr große Sorgen um meine Lebensgefährtin, denn das kann niemand aushalten.

Ich lege Ihnen einmal einen Leitfaden bei, wie Schwule und Lesben sich die Berichterstattung über sie wünschen. Auf S. 6 und 7 steht, dass sie sich insbesondere eine ganz

selbstverständliche Berichterstattung und Erwähnung des Partners wünschen."

Auch diese Email beweist, dass es eine Lüge des damaligen Aufsichtsratsvorsitzen war, zu behaupten, ich hätte nie über Homophobie gesprochen. Achim Kienbaum, Redakteur des Soester Anzeigers, war es, der diese Lüge zur zentralen Aussage seiner Berichterstattung am Tag nach dem inkriminierten Interview gemacht hatte. Dabei hatte ich doch nur wenige Monate vorher eine nachweisbare Auseinandersetzung sogar mit ihm selbst, weil auch er sich homophob verhalten hatte. Die Chefredakteurin des Soester Anzeigers Gökken Stenzel, die die Email an Kienbaum ebenso wie der Bürgermeister in cc erhalten hatte, räumte übrigens sofort ein, dass sie meinen Ärger verstehe und ließ zumindest die Online-Ausgabe des Beitrages entsprechend ändern.

Der Bürgermeister lässt diese Email übrigens als Beweis dafür vorlegen, dass sich meine Homophobievorwürfe nur auf meine Lebensgefährtin und nicht auf mich selbst bezogen hätten. Dies aber habe keine Relevanz für das Geschäftsführeranstellungsverhältnis.

Das ist natürlich Unsinn. Natürlich betraf die Unsichtbarmachung der Paarbeziehung auch mich, schließlich bin ich Teil des Paares. Aber selbst wenn es richtig wäre, dass „nur“ meine Lebensgefährtin ausgegrenzt wurde, ich aber nicht, dann hatte dies natürlich auch Auswirkungen auf mich. Die (Aufsichts)Ratsmitglieder mögen sich doch bitte einmal vorstellen, ob es sie unberührt ließe, wenn sie eine Veranstaltung gemeinsam mit ihrem Partner/ ihrer Partnerin beträten und Menschen sich sichtbar wegdrehten, wenn sie selbst ihren Traumjob hätten, aber ihr Partner/ ihre Partnerin die Region unbedingt verlassen möchte und wenn einerseits erheblicher Druck auf sie ausgeübt würde, nach Soest zu ziehen, aber andererseits die Partnerin ostentativ unwillkommen wäre.

Die Einlassung des Aufsichtsrates der WMS, dass die Ausgrenzung meiner Lebensgefährtin im Verhältnis zur mir unbeachtlich sei, ist im Übrigen vor dem Hintergrund zu bewerten, dass der Aufsichtsrat der WMS vom jeweiligen Geschäftsführer fordert, dieser solle die Position nicht als Aufgabe, sondern als Berufung

verstehen, sich 100-prozentig identifizieren, überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft mitbringen und Mitglied der Stadtgesellschaft werden. Und dennoch findet der Aufsichtsrat der WMS es unerheblich, wenn die Politik die langjährige Lebensgefährtin der Geschäftsführerin so ausgrenzt, dass diese die Region unbedingt verlassen will.

Aber einmal jenseits jeder rechtlichen Verpflichtung: Wäre es nicht ein Zeichen eines tatsächlich gelebten christlichen Menschenbildes, von Empathie und Respekt und nicht zuletzt von einem wertschätzenden Umgang mit mir gewesen, wenn der Bürgermeister mich spätestens nach der Email an Kienbaun kontaktiert und mir angeboten hätte, sich auf der nächsten öffentlichen Veranstaltung mit mir und meiner Lebensgefährtin zu zeigen und meine Lebensgefährtin als solche vorzustellen? Das hätte vielleicht nicht alles, aber doch so vieles grundlegend geändert, weil er damit auch anderen Politikern und Politikerinnen signalisiert hätte, dass es opportun ist, die Paarbeziehung zu respektieren. Er aber tat NICHTS.



Vorwürfe gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z.B. Misogynie, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus) lösen oft große Empörung aus

Die Täter/Opferumkehr ist dann oft die Abwehrstrategie, so geschah es auch in Soest als ich sagte, dass ich überzeugt sei, dass auch

¹ 21 Monate nach meinem Ausscheiden hat der Aufsichtsrat endlich ein Zeugnis ausgestellt, das allerdings nicht anders bezeichnet werden kann als Rufmord. Leistungen, die ich nachweislich erbracht habe, wurden in großer Zahl aus dem Zeugnisentwurf gestrichen, diejenigen Leistungen, die übrig bleiben, werden kleingeredet, indem z.B. nahezu alle

Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben.

"erschüttert", "beispiellos", "unerhört"

stand in den Überschriften, nachdem Mitglieder des (Aufsichts)Rates meine bevorstehende Nichtwiederwahl und die Verleumdungen, durch die die Nichtwiederwahl provoziert worden war, an die Presse durchgestochen hatten und ich unter diesem Druck in einem langen Interview auch folgenden Satz gesagt hatte: *"Ich bin davon überzeugt, dass auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt haben."*

Der Aufsichtsrat war nicht etwa erschüttert, weil er sich fragte, ob er sich unbewusst frauenfeindlich und homophob verhalten hatte, sondern über die vermeintliche Schwere meiner "boshaften, ehrverletzenden Beleidigung". Nicht ich war das Opfer von Diskriminierung, sondern Täterin in einem Fall von Hochverrat.

Die maximale Schuldzuweisung wurde durch meine maximale Bestrafung zementiert: es folgte unmittelbar die fristlose Kündigung, wobei mir der Aufsichtsrat den Kündigungsgrund nicht mitteilte, auch nicht als ich ihn später mehrfach dazu aufforderte. Ich erhielt auch kein Zeugnis¹, obwohl meine Leistungsbilanz mehr als ein halbes Jahr vorlag, ohne dass jemand substantiiert oder unsubstantiiert widersprochen hätte, und nicht einmal die Urlaubsansprüche wurden ausgezahlt - alles Rechte, die mir gesetzlich zugestanden hätten.

Schließlich wurde sogar gefordert, dass ich mich entschuldigen solle - eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Micha Schulze, Herausgeber queer.de äußert sich zu diesem typischen Verhalten wie folgt: *"Wenn wir über die Queerfeindlichkeit der AfD*

Quantifizierungen gestrichen wurden und damit der Maßstab verloren geht und darüber hinaus scheinen auch die misogynen und homophoben Narrative wieder durch, insbesondere das Narrativ, dass meine Verhandlungsstärke als Aggressivität diskreditiert wird.

berichten, gibt es von allen Seiten Beifall und es wird uns versichert, wie wichtig unsere Arbeit ist. Wenn wir dagegen queerfeindliche Äußerungen in sogenannten queerfreundlichen Parteien thematisieren, gibt es jedes Mal große Empörung, das gilt als Tabu."

Ähnlich äußerte sich auch der Guardian anlässlich des Interviews des Duke und der Duchess of Sussex bei Oprah Winfrey in Bezug auf eine andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, dem Rassismus: **The terms of this law are simple and universal: they state that a white person or institution accused of racism has suffered far more than a black person who has been the victim of racism.**

Tupoka Ogette erläutert in ihrem Buch „exit RACISM“ ausführlich:

„Ich nenne den Zustand, in dem [,,] Menschen leben, bevor sie sich aktiv und bewusst mit Rassismus beschäftigen, 'Happyland'. [...] Happyland ist eine Welt, in der Rassismus das Vergehen der Anderen ist. [...] Rassismus ist NPd, Baseballschläger, Glatzen und inzwischen auch die AfD. [...] Im Selbstverständnis der Happyländer und -länderinnen* hat Rassismus keinen Platz. Und da Rassismus = schlechter Mensch bedeutet, kommt es für die*den Happyländer*in auch einer schweren Beleidigung gleich, des Rassismus bezichtigt zu werden: einem Hochverrat an allem, woran die*der Happyländer*in glaubt und was sie*er gelernt hat. [...]

Dementsprechend erhält auch der Mensch, der es wagt, nur eine Vermutung auszusprechen, dass es sich in einer Situation oder bei etwas Gesagtem um Rassismus handelt, umgehend und ungeprüft die Höchststrafe. Denn einen Rassismusvorwurf zu erhalten, ist immer schlimmer und emotional schwerwiegender, als das, was die fragliche Situation oder der fragliche Spruch ausgelöst hat. Immer.



„Es war, als ob allein meine Anwesenheit im Weißen Haus eine tiefsitzende Panik ausgelöst hätte, eine Vorstellung, dass die natürliche Ordnung gestört worden sei“, so Barak Obama in seiner Biographie „A Promised Land“.

Das beschreibt nach meiner Überzeugung auch gut, was mir in Soest passiert ist. Die Soester Politik sah die natürliche Ordnung offenbar gestört durch mich, eine Frau

- in einer Führungsposition,
- mit zwei akademischen Titeln,
- in den klassischen Männerdomänen der Immobilienwirtschaft und der Wirtschaftsförderung,
- die die WMS strategisch und unternehmerisch geführt und nicht nur verwaltet hat,
- die entscheidungsfreudig war und bereit war, Verantwortung für diese Entscheidungen zu tragen,
- die sich etwas zugetraut hat und die große Investitionen ohne Angst verantwortet hat,
- die durchsetzungsfähig war, die auch unter großem Druck standhaft blieb und sich, wenn nötig auch Investoren entschieden entgegengestellt hat,
- die sich nicht gescheut hat, unpopuläre Entscheidungen zu treffen,
- die nicht klein, brav und bescheiden, sondern selbstbewusst war und über ihre Erfolge gesprochen hat - so wie die Managementliteratur Frauen das allgemein empfiehlt und

- für die es keine Option war, ihre Lebensgefährtin zu verstecken

Dieser vielfältige Bruch mit dem klassisch weiblichen Rollenbild hat die Politik offenkundig erschüttert. Darauf hat sie reagiert, indem sie

- meine Erfolge kleingeredet und mich aufgefordert hat, bescheiden zu sein und meine Erfolge ebenfalls nicht zu erwähnen,
- mich als aggressiv dargestellt hat,
- mich im Aufsichtsrat versucht hat, zu zermürben und zu diskreditieren und dies auch in die Presse getragen hat,
- meine Lebensgefährtin unsichtbar gemacht und diskreditiert hat,
- mich verleumdet hat,
- mich aus der Stadt vertrieben hat (Nichtwiederwahl trotz herausragender Leistungen) und
- mich maximal bestraft hat (Kündigung, keine Nennung des Kündigungsgrundes, Nichtauszahlung von Urlaubsansprüchen, kein Zeugnis).

So glaubt die Politik nun offenbar, die natürliche Ordnung endgültig wiederherstellen zu können.



1. **Der Soester Anzeiger weiß spätestens seit Sommer 2021 um die Lügen des Bürgermeisters und ggf. anderer Aufsichtsratsmitglieder aus der Nichtwiederwahlkampagne, schweigt darüber aber und schützt ihn und ggf. weiter**

Aufsichtsratsmitglieder so vor politischen Konsequenzen.

2. Während meiner gesamten Amtszeit habe ich immer wieder versucht, meine offen gelebte lesbische Beziehung als selbstverständliche Nebeninformation in den Soester Anzeiger zu bekommen. Dieser aber hat meine Beziehung gegen meinen erklärten Willen konsequent totgeschwiegen.

So ersetzte Achim Kienbaum – wie oben bereits geschildert – am 13.12.2019 die Formulierung „meine Lebensgefährtin“ aus meiner Pressemitteilung durch „eine Lippstädterin“ im Artikel und machte meine Lebensgefährtin und meine lesbische Beziehung damit unsichtbar.

Auch ein Interviewangebot, in dem ich im Frühjahr 2019 neben meiner Halbezeitbilanz, auch das Fremdsein der Soester Politik mit mir und meiner Lebensgefährtin thematisieren wollte und an dem die Chefredakteurin Gökken Stenzel zunächst interessiert war, kam schließlich nicht zustanden, weil die Chefredakteurin sich nicht mehr meldet.

3. Am Tag nach meinen inkriminierten Interview vom 22.06.2020 machte Achim Kienbaum die Narrative des Bürgermeisters und seines Umfeldes zum Mittelpunkt der Berichterstattung, z.B.:

- a. „Sämtliche Beteiligte haben sich in der Vergangenheit um eine konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dobberstein bemüht. **Diesen Weg hat sie** nun selber mit ihren auf Facebook veröffentlichten Äußerungen **verlassen**.
- b. „So versicherten sowohl WMS-Mitarbeiter, als auch Hänsch [damals AR-Vorsitzender], dass solche Vorwürfe „kein einziges Mal thematisiert worden seien.“

Achim Kienbaum übernahm letztere Behauptung sogar für sich selbst. In seinem Kommentar schreibt er:

„Regelrecht perfide sind ihre Unterstellungen, Vorbehalte gegen ihre

Weiterbeschäftigung in der Politik seien das Resultat von Homophobie und ihrer Diskriminierung als Frau. Perfide deshalb, weil sie damit eine absolut relevante gesellschaftliche Problematik als Rechtfertigung dafür missbraucht, dass sie in Soest gescheitert ist. Als selbst erklärte starke Frau und Führungsfigur hätte sie vier Jahre lang nicht nur die Möglichkeit, sondern alleine schon im Interesse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch die Pflicht gehabt, solche Erfahrungen anzusprechen – mindestens. Hat sie aber nicht. Dabei soll Homophobie doch „ständig mit Händen zu greifen gewesen“ sein.“

Achim Kienbaum wusste, dass dieses Narrativ falsch war, hatte ich doch bekanntlich nur wenige Monate vorher eine schriftliche Debatte mit ihm selbst über seine eigene Homophobie, die cc auch an den Bürgermeister gegangen war.

Bevor er behauptete, dass ich Homophobie nie thematisiert hatte, hätte er mich zudem fragen müssen, ob und wenn ja, bei wem ich mich beklagt hatte, hat er aber nicht.

Und er stellte die offensichtliche Täter-Opfer-Umkehr der Narrative des Bürgermeisters und seines Umfeldes auch insgesamt nicht in Frage und fragte sich erst gar nicht, ob meine Vorwürfe berechtigt waren.

In seinem Kommentar unterstellte Kienbaum zudem, dass ich gescheitert sei. Zuvor heißt es im Text schon: „Aber in ihrer professionellen Welt, das sollte einer Wirtschaftsförderin klar sein, reicht ein „stets sehr bemüht“ im Zwischenzeugnis nicht.“

Die Formulierung „stets bemüht“ stammt aus der Sprache von Arbeitszeugnissen und wird hier auch genauso eingesetzt. Übersetzt bedeutet diese Formulierung: [Schulnote "ungenügend", gleichbedeutend mit "hat nichts erreicht"](https://www.t-online.de/finanzen/beruf-karriere/beruf/id_71825108/arbeitszeugnis-geheimcode-entschluesseln-diese-noten-stecken-hinter-den-formulierungen.html) (https://www.t-online.de/finanzen/beruf-karriere/beruf/id_71825108/arbeitszeugnis-geheimcode-entschluesseln-diese-noten-stecken-hinter-den-formulierungen.html).. Tatsächlich habe ich

bekanntlich [herausragende Leistungen](#) erbracht und viel erreicht, dokumentiert in meiner Leistungsbilanz, die dem Soester Anzeiger nach Aussage der Chefredakteurin Gökken Stenzel auch vorlag.

4. Im Frühjahr 2017 gab es eine gegen mich gerichtete regelrechte Kampagne des Vereins „Geschichtswerkstatt frz. Kapelle“ und des Soester Anzeigers. Dabei legte der Soester Anzeiger mir immer wieder eine proleten-hafte Sprache in den Mund und verletzte mein Urheberrecht. Diese Artikel wurden später vom Aufsichtsrat benutzt, um mir einen für eine kommunale Gesellschaft unangemessenen Umgangston zu unterstellen und damit meine Nichtwiederwahl zu betreiben.

In Posts unter den Artikeln [Museen der Adam-Kasere sollen unters Dach ziehen](#) und [Wohnungen werden benötigt, um Soester Kasernenblock zu erhalten](#) wehrte ich mich insbesondere gegen die proleten-hafte Diktion, die mir in den Mund gelegt wurde.

Die Formulierungen, die mir Astrid Gunne-mann und Holger Strumann in den Mund gelegt hatte, lösten zudem große Empörung bei der Vereinsvorsitzenden Barbara Köster und ihrem Umfeld aus. Aus diesem Umfeld heraus gab es daraufhin Leserbriefe, die der Anzeiger nie hätte veröffentlichen dürfen, weil diese Leserbriefe Beleidigungen und Verleumdungen enthielten.

Als ich mit den Leserbriefschreiber*innen in Kontakt trat und ihnen meinen Originalpost sandte, zog eine Leserbriefschreiberin ihre Beleidigungen daraufhin zurück und entschuldigte sich:

Holger Strumann jedoch weigerte sich, diese Entschuldigung zu veröffentlichen. Auch meinen Wunsch, zu den Leserbriefen im Soester Anzeiger Stellung zu nehmen, verweigerte mir der Anzeiger.

Ich veröffentlichte daraufhin auf der facebook-Seite des Soester Anzeigers unter der Überschrift „**Block 3, Adam-Kasere: Was der Soester Anzeiger sich weigert zu veröffentlichen**“, *folgenden Post*

Am 30.3. habe ich unter den Artikel „Museen sollen unter das Dach“ des Soester Anzeigers gepostet und dabei einige Fehler des Artikels berichtet und darüber hinaus versucht zu erklären, warum der Dachausbau für die Museen eine gute Lösung ist. Diesen Post hat der Soester Anzeiger unter dem Titel „allemaal genug“ zu einem redaktionellen Beitrag „zusammengestöpselt“, der so viel Unmut ausgelöst hat, dass daraufhin eine Reihe Leserbriefe erschienen sind, die vor allem Respekt für Frau Köster einfordern.

Mit mir hingegen gehen diese Briefschreiber(innen) mehr als respektlos um. So bezeichnet der erste Leserbrief von Herrn Etter mich und meine Äußerungen als arrogant, widerlich, sachlich und menschlich unangemessen und setzt meine Berufsbezeichnung in Anführungszeichen. Herr Etter vermittelt den Eindruck, mein Vorgehen sei intransparent, undemokratisch und dass ich meiner eigenen, politisch nicht legitimierten Agenda folgte. Eine weitere Leserbriefschreiberin, Frau Radermacher, bezeichnete meine Äußerungen als böse. Insgesamt werde ich in allen Leserbriefen so dargestellt, als sei ich die kleine Wirtschaftsfördererin, die allenfalls mit dem Rechenschieber umgehen kann und dabei Kultur und bürgerschaftliches Engagement niederwalzt.

Das ist nicht nur respektlos, sondern viel davon sind handfeste Beleidigungen und Verleumdungen. Ich könnte dies straf- und privatrechtlich verfolgen lassen, habe mich aber entschlossen, diesen Weg – noch nicht – zu gehen, sondern stattdessen mit den Briefeschreibern in einen Dialog zu treten und öffentlich meine Sicht der Dinge darzustellen.

Nachdem ich Frau Radermacher meinen Original-Post geschickt hatte, hat sie ihren Leserbrief gegenüber dem Soester Anzeiger zurückgezogen. Sie schreibt, dass sie den Artikel so gelesen habe, „als sei von Seiten der Wirtschaftsförderung die kritische Haltung des Vereins auf das Alter der Vorstandsmitglieder zurück zu führen. Beim nochmaligen Lesen des Artikels und der Informationen von Frau Prof. Dr. Dobberstein kann ich diesen Zusammenhang nicht mehr erkennen und verstehe das Zitat jetzt lediglich als einen Vorschlag für eine Lösung der Problematik und ziehe den Vorwurf der Bösartigkeit zurück.“

Leider ist der Soester Anzeiger nicht bereit, diese Rücknahme zu drucken. Genauso weigert er sich, meine Antwort auf den Leserbrief von Herrn Etter zu veröffentlichen. Deshalb hier die wichtigsten

Punkte aus meinem Antwortschreiben:

- Ich habe Respekt vor der Arbeit von Frau Köster und der Geschichtswerkstatt!

Das kann man allein an folgender Geschichte ablesen: Kurz bevor entschieden werden musste, ob die Blöcke 4-7 stehen bleiben können, gab es einen Investor für die Blöcke 2-5. Es gab also eine Chance, die Blöcke 4 + 5 zu retten. Ich hatte dem Investor aber zur Bedingung gemacht, dass er das Dachgeschoss des Blockes 3 für die Geschichtswerkstatt ausbauen muss und war bereit, die Ausbaukosten vom Kaufpreis abzuziehen. Trotzdem ist er abgesprungen. Ich war also bereit, zwei Denkmäler für die Geschichtswerkstatt zu opfern.

- Ich folge nicht meiner eigenen Agenda, sondern einem Beschluss des Rates!

Es gibt einen Ankaufsbeschluss für die Adam-Kaserne, der besagt, dass die WMS den Verbleib der derzeitigen Nutzer prüfen soll, dass dies aber nicht subventioniert werden darf.

- Da die Geschichtswerkstatt ohne eine erhebliche Subvention nicht im Gebäude bleiben kann, bedeutete das eigentlich automatisch das Aus! Gerade weil ich die Geschichtswerkstatt schätze, habe ich trotzdem nach einer Lösung gesucht. Der Ausbau des Dachgeschosses wird aber immerhin 500.000 € kosten. Diese Investition geht damit weit über den Ankaufsbeschluss hinaus und muss in Politik und Öffentlichkeit legitimiert werden.

U.a. wird die Geschichtswerkstatt eine Antwort darauf geben müssen, wer den Betrieb langfristig sicherstellt. Diese Frage ist umso berechtigter, als die Mitglieder des Vorstandes im Rentenalter sind.

Eine Stiftung ist ein klassischer Weg, die Arbeit unabhängig von Personen zu sichern. Keinesfalls wollte ich, als ich die Chancen einer Zusammenarbeit der Geschichtswerkstatt mit der Bürgerstiftung im Soester Anzeiger angedeutet habe, Frau Köster ausschalten oder gar ausdrücken, dass ich warte, dass sie endlich stirbt. Diese Interpretation meines Posts ist absurd!

- Ich habe die politischen Parteien frühzeitig über meine Überlegungen informiert, noch

vor der Geschichtswerkstatt. Wenn ein Konzept erarbeitet sein wird – natürlich gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt, wird darüber im AR der WMS, im HFA und im Rat abgestimmt. Das ist nicht undemokratisch, sondern repräsentative Demokratie!

- Ich spreche seit 7 Monaten mit den 60 Nutzern der Adam-Kaserne. Bei allen Härten, die ich ihnen zumuten musste, war ich immer ehrlich und transparent. Das haben bis zu dem Gespräch mit Frau Köster alle gewürdigt.

Auch hier habe ich alle Informationen veröffentlicht: Die Sanierung des Blockes 3 kostet inklusive Grundstück ca. 4 ½ Mio. €, der Ausbau des Dachgeschosses zusätzlich 500.000 €. Wenn der Block 3 nicht für geförderte Wohnungen genutzt werden kann, dann muss die WMS der Wohnungsgesellschaft an anderer Stelle 3 weitere Grundstücke zur Verfügung stellen, Mindereinnahmen: 300.000 €. Mehr Transparenz geht nicht!

In meinen Augen haben sich Herr Etter, Frau Köster und der Soester Anzeiger diskreditiert:

- Herr Etter, weil er vor Beleidigungen und Verleumdungen nicht zurückgeschreckt ist,
- Frau Köster, weil sie sich von den Leserbriefen, die zu ihrer Unterstützung geschrieben wurden, nicht distanziert hat und
- der Soester Anzeiger, weil er einseitig, unkommentiert alles zugunsten der Geschichtswerkstatt berichtet und dabei auch bereit war, die Hetz- und Schmähchrift von Herrn Etter zu veröffentlichen und sie mit der Überschrift „sachlich und menschlich unangemessen“ noch zu verstärken, mir aber die Richtigstellung verweigert.

Prof. Dr. Monika Dobberstein
Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing GmbH

5. Der Soester Anzeiger veröffentlichte immer wieder unkritisch, was diejenigen ihm in die Feder diktierten, die meine Abberufung bzw. Nichtwiederwahl betrieben

Beispiel 1: „[Eklat im Aufsichtsrat der WMS](#)“

Unter der Verletzung ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung– übrigens strafbewehrt mit

einer Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahr – hatten Aufsichtsratsmitglieder aus einer Aufsichtsratssitzung dem Soester Anzeiger viele Details über die Kostensteigerung des Gewerbe- und Industriegebiet Wasserfuhr geliefert, allerdings mit dem falschen Spinn, der die Kostensteigerung des Gewerbegebietes zu einem Skandal stilisiert.

Auch später wurde dieses Narrativ fortgesetzt: der Aufsichtsrat ließ über diese Sitzung vortragen, dass ich verschwiegen hätte, dass es zu einem besseren Ergebnis führte, nachdem der Aufsichtsrat die Beschlussvorschläge aus der Oktobersitzung abgelehnt hatte. Damit wird insinuiert und so die verdeckte Tatsachenbehauptung aufgestellt, dass der Aufsichtsrat berechnete Sachkritik an meinem Konzept für das Gewerbe- und Industriegebiet Wasserfuhr hatte und die Sitzung auf einen Termin einen Monat später vertagt wurde, weil mir aufgegeben worden sei, das Konzept zu überarbeiten. Dabei handelt es sich um eine falsche Tatsachenbehauptung, eine Lüge.

Die Kostensteigerung war dadurch entstanden, dass ursprünglich nur 10 ha entwickelt werden sollten, in der Zwischenzeit aber zusammen mit einer benachbarten Gemeinde eine spätere Erweiterung auf 80 ha angestrebt wurde. Dies erforderte eine veränderte Straßenführung und eine größere Dimensionierung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur. Die Kostensteigerung war also gut begründet und war deshalb kein Gegenstand der Kritik.

Den Eklat - soweit man dieser Wortwahl von Achim Kienbaum folgen will – hatte meine Beschlussvorlage ausgelöst, die Grundstückspreise zu erhöhen. Dafür wollte der Aufsichtsrat die Verantwortung nicht übernehmen, vor allem aber ein hier namentlich nicht benanntes befangenes Aufsichtsratsmitglied.

„Der Aufsichtsrat beauftragt Frau Prof. Dr. Dobberstein bis zur kommenden AR-Sitzung zunächst mit den Interessenten die Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, die Bereitschaft über die Anhebung auf 59,00 € einzuholen. Das Ergebnis der Gespräche soll hierzu am 30.11.2018 vorgestellt werden. Erst danach wird sich der Aufsichtsrat über eine Kaufpreisanhebung entscheiden.“

Zum Abschluss des Protokolls heißt es noch einmal:

„Die WMS erhält den Auftrag, mit den bisherigen Grundstücksinteressenten abzuklären, inwieweit diese bereit sind, eine Preisanhebung um 7,00 €/m² auf dann 59,00 €/m² zu akzeptieren.“

Richtig ist, dass ich nach dieser Sitzung eigeninitiativ die bisherigen Planungen über den Haufen warf, die Straßenführung neu planen und kalkulieren ließ, die Grundstücke der Interessenten neu lokalisierte und diese Änderungen und die Erhöhung der Kaufpreise neu verhandeln ließ. Das alles und mehr geschah in weniger als 2 Wochen, über die Tage der Allerheiligenkirchweih, an denen in Soest normalerweise niemand arbeitet. Bei neuen Interessenten setzte ich später sogar Kaufpreise von 70,00 €/m² durch, die dazu führen werden, dass das Gewerbegebiet voraussichtlich nicht mit einem großen Defizit, sondern mit einer roten Null abschließen wird, was ungewöhnlich ist. Gewerbe- und Industriegebiete sind normalerweise zunächst ein Kostenfaktor für Kommunen und werden erst durch die späteren Gewerbesteuererinnahmen profitabel.

So war dies eine Sternstunde meiner Amtszeit, von der der Soester Anzeiger allerdings nicht berichtete.

Beispiel 2: „[Verbot der auswärtigen Spargel-Händler wird ein Nachspiel im Aufsichtsrat haben](#)“

Hintergrund der Affäre war, dass die WMS zwei auswärtige Spargelbauer*innen, die ihre Ware direkt aus dem Kofferraum ihres Autos heraus verkauften, nicht mehr zum Wochenmarkt zugelassen hatten, um die lokalen Händler zu schützen, die mit ihren aufwändigen Ständen das ganze Jahr bei Kälte, Wind und Wetter ausharrten und denen Saisonhändler das jeweilige Premiumgeschäft wegnahmen.

Die Affäre begann am Samstag, den 30.3.2019, als eine auswärtige Spargelbauerin unangekündigt auf dem Wochenmarkt Unterschriften gegen ihre Nichtmehrzulassung sammelte. Daraufhin gab es einen ersten Shitstorm gegen die WMS auf facebook, auf den ich sofort reagierte und den ich so noch am Samstag beruhigen

konnte. So schrieb eine Nutzerin: „Das ist doch mal eine tolle, ausführliche Erklärung, welche keine Fragen offen lässt. Zudem schön, dass so etwas auf einem Samstagabend (!) beantwortet wird. Da können sich "alle" gleich wieder beruhigen ;-)"

Ich hatte am frühen Abend dieses Tages auch proaktiv die Stadredaktion des Soester Anzeigers über die Aufregung auf facebook informiert. Daraufhin gab es einen ersten, noch unaufgeregten Artikel.

Erst als der damalige AR-Vorsitzende Jochem in die Presse ging und mir öffentlich wegen dieser Petitesse das Vertrauen entzog, begann die Kampagne und das Thema wurde tagelang auf der Titelseite des Lokalteils skandalisiert. Der Grad der Aufregung, die der Soester Anzeiger mit seiner Berichterstattung unter tätiger Mithilfe von Aufsichtsratsmitgliedern in der Spargel-Affäre erzeugte, war nachgerade hysterisch. Das bestätigt auch eine Email, die mich am 4.4.2019 von Horst Bresan, UnnaMarketing GmbH erreichte:

„aufmerksam und gleichzeitig kopfschüttelnd verfolge ich die Berichterstattung über den Soester Wochenmarkt in der lokalen Presse. Ich kann Sie in Ihrer Entscheidung jedoch bestärken: In Unna haben wir bereits vor über 10 Jahren die sogenannten Saisonhändler für Spargel und Erdbeeren nicht mehr auf den Unnaer Märkten zugelassen. Diese Regelung führte zur Stabilisierung der Ganzjahreshändler, es wurde in entsprechende Technik (etwa Schälmaschinen) und erweiterte Angebote (zB. Fruchtsmoothies) investiert. [...]“

Als der AR-Vorsitzende Jochem an die Presse ging, räumte er sogar selbst ein, dass er als AR-Vorsitzender der Pflicht zur Verschwiegenheit unterlag und sprach sodann – unter vermeintlich besonders kreativem Umgang mit seiner Verschwiegenheitspflicht - als Vorsitzender des Vereins Soester Wirtschaft. Er vertrat aber auch als vsw-Vorsitzender eine ungewöhnliche Auffassung, nämlich den Schutz der auswärtigen Spargelbauern. Das entspricht so gar nicht der üblichen Meinung des Martin Jochem, der als „Chef-Lobbyist“ der Soester Wirtschaft stets die lokalen Händler zu schützen bereit ist. Deshalb

ist davon auszugehen, dass er dieses Interview gezielt gab, um mich zu beschädigen.

Am nächsten Tag verzichtete ich in der Aufsichtsratssitzung auf den Bericht der Geschäftsführung, stellte stattdessen meine herausragende Halbzeitbilanz vor und thematisierte den unangemessenen Umgang mit mir. Der Aufsichtsrat bestreitet diesen Verlauf der Sitzung mittlerweile und behauptet, ich hätte lediglich darum gebeten, einmal grundsätzlich über die Zusammenarbeit zwischen mir und dem Aufsichtsrat zu sprechen. Auch das ist eine Lüge. Im Protokoll dieser Aufsichtsratssitzung heißt es dazu:

„[...] stellt sie die Frage: wie sich der Aufsichtsrat in Zukunft die Zusammenarbeit vorstelle. Sie werde in Aufsichtsratssitzung immer wieder abgekanzelt und nun hätten sich Aufsichtsratsmitglieder an einer gegen die Geschäftsführerin gerichteten Unterschriftenaktion der Spargelbeschicker am 30.3. auf dem Markt in Soest beteiligt und der Aufsichtsratsvorsitzende ihr in der Presse öffentlich das Vertrauen entzogen. Das alles vor dem Hintergrund, dass es sich lediglich um eine Petitesse handele. Darüber hinaus dringen immer wieder Interna zum Schaden ihrer Person nach außen. Sie mache einen exzellenten Job, aber der Umgang des Aufsichtsrates mit ihr stehe dazu in einem diametral entgegengesetzten Verhältnis. Auf der gleichzeitig aufliegenden Präsentationsfolie kündigt sie an, nicht freiwillig zu gehen und um ihren Job kämpfen zu wollen. Denn eins müsse jedem klar sein, wenn man sich nach 2 Jahren außerplanmäßig trenne, dann würde sie für den Rest ihres Berufslebens nie wieder einen Job bekommen. Der Aufsichtsrat beende ihre Karriere und vernichte ihre Existenz.“

Weiter heißt es im Protokoll:

„Mehrere Mitglieder des Aufsichtsrates teilen die Meinung, dass der Umgang mit der Geschäftsführerin nicht richtig ist. Ein AR-Mitglied benannte das Verhalten als Mobbing.“

Undenkbar, dass Achim Kienbaum am nächsten Tag nicht nachfragte, welches Nachspiel es in der Sitzung gegeben hatte und angesichts seiner intimen Kontakte in den Aufsichtsrat undenkbar, dass er nicht erfuhr, was dort passiert war. Aber davon berichtete er nicht.

Öffentlich schloss ich die Affäre mit folgendem Post ab:

Politische Diskussionskultur

In der Diskussion um die Zulassung von zwei Spargelbauern ist die Diskussion um eine Petitesse außer Kontrolle geraten.

Wir treffen solche Entscheidungen hundertfach pro Jahr. Allein der Weihnachtsmarkt hat über 120 Stände und viel mehr Bewerbungen. Wie stellen diejenigen, die sich an der Empörungswelle beteiligt haben, sich das in Zukunft vor, sollen wir jede Entscheidung darüber, ob ein Stand auf einem unserer Märkte zugelassen wird, im Rahmen jährlicher Volksentscheide entscheiden?

Unsere Entscheidung war und bleibt unter jedem denkbaren Gesichtspunkt richtig.

Mit dem genau gleichen Konzept haben wir den Weihnachtsmarkt groß gemacht. Bis heute bestimmen wir für jeden Stand genau das Sortiment und lassen für jedes Sortiment nur so viele Stände zu, dass es für die Beschicker wirtschaftlich interessant ist. So wurde der Weihnachtsmarkt für immer mehr Händler attraktiv und wuchs und wuchs. Heute ist er - laut dem Spiegel - der schönste Weihnachtsmarkt in NRW. Shoppingcenter funktionieren übrigens nach dem gleichen Prinzip und kein Kunde fühlt sich in ihnen bevormundet.

Nach der Übernahme des Wochenmarktes durch mein Team haben wir nur nachvollzogen, was andere, erfolgreichere Wochenmärkte längst getan haben. Der Erfolg dieser Maßnahme wird auch allgemein anerkannt werden, wenn der Wochenmarkt erst länger durch mein Team bewirtschaftet wird. Das wird ein paar Jahre dauern, zumal wir gegen eine allgemeine Abwärtsspirale bei Wochenmärkten anarbeiten müssen. Auch der Weihnachtsmarkt musste sich 10 Jahre von Jahr zu Jahr weiterentwickeln.

Meine Mitarbeiter sind Profis: Sie haben den Weihnachtsmarkt zu einem der attraktivsten in der Republik gemacht, die Fehde ist einer der Top 5 Reanactment-Veranstaltungen in Europa, mit dem Winterstrahlen haben sie in diesem Jahr eine Veranstaltung neu konzipiert, die sofort überregionale Beachtung fand, die Teilnehmerzahl am Sattelfest ist so groß, dass die Straßen an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, das Kneipenfestival ist jedes Jahr ausverkauft und der Winzermarkt, die ProbierBar, der Bördetag, der Bördobauernmarkt, die Stoffmärkte und der Altstadtfrühling locken regelmäßig viele Besucher in die Innenstadt. Viele, auch größere Städte bewundern

Soest für seinen Veranstaltungskalender. Deshalb haben meine Mitarbeiter das Vertrauen verdient, dass sie auch den Wochenmarkt zum Erfolg führen werden.

Die Entscheidung, die überregionalen Spargelbauern nicht mehr zuzulassen, war richtig. Genauso richtig war die Entscheidung, die Maßnahme zu verschieben, denn eine sachliche Diskussion ist im Rahmen der laufenden Empörungswelle nicht mehr möglich.

Wir haben damit unseren Teil dazu beigetragen, die Situation zu deeskalieren. Ich würde mir wünschen, dass ganz grundsätzlich einmal über unsere politische Kultur diskutiert wird. Wir sind offenbar in einer Zeit angekommen, in der Expertenwissen nichts mehr zählt, Entscheider als korrupt und selbstherrlich sowie Experten als gekauft verleumdet werden und das Schauen nach Best practise Beispielen in andere Städte als feindliche Infiltration gilt.

Wenn nur noch Emotionen die Grundlage von Entscheidungen bilden, dann ist die Tür für Populisten weit offen. Soest wird nicht die Beste aller möglichen Politiken bekommen, nicht die Besten aller möglichen Managemententscheidungen und auch die besten Experten werden keine Lust mehr haben, in oder für Soest zu arbeiten.

Beispiel 3: Kaufpreiszurückhaltung von Candycorn, um millionenschwere Zugeständnisse zu erwirken

Als die Kaufpreisfälligkeit für die Blöcke 4, 5 und 7 der Adam-Kaserne eingetreten war, hielt Candycorn die Kaufpreise planvoll und zielgerichtet zurück, um millionenschwere Zugeständnisse (Schadstoffe, Denkmalschutz, Block 3) zu erwirken, auf die sie keinen Anspruch hatten.

In den Artikeln [Kauft Münchener Unternehmen jetzt auch Block 3?](#), [Darum geht es bei den Adamkasernen-Blöcken so langsam voran](#) und [Soester Stadtrat muss jetzt Farbe bekennen, was aus alter Kaserne werden soll](#) berichtete Achim Kienbaum über die Kaufpreiszurückhaltung und die Gründe dafür (Sanierung

Schadstoffe, Denkmalschutz) und darüber, dass Candycorn auch noch Block 3 erwerben wolle.

Aber obwohl Achim Kienbaum nur wenige Wochen vorher die Nichtmehrzulassung von zwei auswärtigen Spargelbauern auf dem Wochenmarkt tagelang in großen Headlines skandalisiert hatte, spielte er die Zurückhaltung mehrerer Millionen € nun herunter: zunächst als reine Formalität, später als normales Säbelrasseln eines jeden Immobiliendeals.

Ich gehe wegen dieses Missverhältnisses davon aus, dass diese Artikel gezielt gesteuert wurden, um die (Aufsichts)Ratsmitglieder davon zu überzeugen, dass es kein Hindernis darstellte, den Block 3 an einen Investor zu verkaufen, der die ersten drei Blöcke nicht bezahlt hatte und nur ich überreagierte, indem ich ein solches Verhalten als unseriös bewertete.

Ich hielt jede Verhandlung über millionenschwere Zugeständnisse für unnötig, denn ich hatte die ersten drei Blöcke nur unter der Bedingung an Candycorn verkauft, dass die WMS keinerlei Altlastenrisiko übernahmen und dass der Investor der WMS Bürgschaften in Höhe der Kaufpreise stellte. Neben den Bürgschaften hielt ich eine vollstreckbare Ausfertigung der Kaufverträge in den Händen. So erreichte ich, dass die Kaufpreise gegen den Willen von Candycorn ausgezahlt wurden, ohne dass die WMS oder die Stadt auch nur ein einziges Zugeständnis machen mussten. Und ich fand einen Käufer für Block 3, der – macht man die Angebote gleichnamig (inklusive Vertragsstrafe bei Nichteinhaltung der Preisbindung der Hälfte der Wohnungen)- das Fünffache des Spottpreises zahlte, für den Candycorn den Block erwerben wollte.

Auch das waren Sternstunden meiner Amtszeit. Und - Überraschung - wie immer berichtete Achim Kienbaum auch in diesem Fall nicht über meine Erfolge.

PS: Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser Zusammenstellung ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.